

Bierstädter Zeitung

Amtsblatt — Anzeiger für das blaue Vändchen

Erscheint 3mal wöchentlich Dienstags,
Donnerstags und Samstags. Bezugspreis:
monatlich 45 Pfg., du die Post vierteljährlich
: : Mk. 1.20 und Bestellgeld. : :

(Umfassend die Ortschaften: Auringen, Breckenheim, Delkenheim,
Diedenbergen, Erbenheim Heßloch, Igstadt, Kloppenheim, Massenheim,
Medenbach, Naurob, Nordenstadt, Rambach,
Sonnenberg, Wallau, Wildbachfen.)

Der Anzeigenpreis beträgt: für die kleinspaltige
Petitzelle oder deren Raum 15 Pfg. Reklamen
und Anzeigen im amtlichen Teil werden pro
Zeile mit 30 Pfg. berechnet. Eingetragen in der
: : Postzeitungsliste unter Nr. 110 a. : :

Redaktion und Geschäftsstelle : Bierstadt, Ecke Moritz- und Röderstraße. : Fernruf: 2027. : Redaktion, Druck und Verlag von Heinrich Schulze in Bierstadt

Nr. 25.

Dienstag, den 27. Februar 1917.

17. Jahrgang.

Rein Mittel gegen U-Boote.

Steigende Angst und Aufregung in England.

Die Verlegenheit wird immer größer. Gegenüber den andauernden Versprechungen der Regierung, den U-Booten demnächst mit einem ganz großen Mittel den Garaus zu machen, ist bezeichnend eine Zeitungs-erklärung des früheren englischen Vizekönigs der Ad- miralität Lambert, der der Admiralität vor- warf, sie habe die Wiederaufnahme des deutschen U-Bootkrieges überhaupt nicht vorausgesehen, und er habe weder die Fähigkeit noch die Mittel, diesen U-Bootkrieg zu bekämpfen. Der jetzige Flottenadmiral Sir Edward Hewart Wurz wärscht für diese Äußerung dem früheren Vizekönig der Admiralität ge- genüber den Kopf, und die „Morningpost“ schließt sich in einem Leitartikel diesem Verfahren des Sir Edward Hewart Wurz mit Nachdruck an.

Wo steht die Flotte?

Bon der gewaltigen, kostspieligen Flotte erwar- tet England natürlich in erster Linie Rettung, und so taucht jetzt überall die Frage auf: Wo steht sie, die Flotte der deutschen „Ratten“ aus den Rattenlöchern treiben wollte? Die „Amsterdamer“ „Nieuws van den Dag“ schreiben in einem Leitartikel über die Ver- leugung der holländischen Schiffe: „Das U-Boot scheint seine Arbeit so gemächlich verrichtet zu haben, als ob gerade bei den Seil- und Inseln, der am meisten befahrenen Stelle in den westlichen englischen Gewässern, nicht die geringste Aussicht be- stehen hätte, einem englischen Zerstörer zu begegnen, ein Umstand, der für die englische Marine nicht ge- rade schmeichelhaft ist.“

Es geht auf's Leichte.

Die Einziehung aller Reklamierten mit Aus- nahme der Werk- und Munitionsarbeiter wird gegen- wärtig auf Veranlassung der Seeresverwaltung in England vorgenommen. Dem „Globe“ zufolge haben Anfang Februar die bisher zurückgestellten Beamten der Londoner Börse ihre Order erhalten, während nach der „Daily Mail“ 400 Londoner Steuerbe- amte ebenfalls einrücken müssen. Die bisher im Kriegsministerium beschäftigten Soldaten werden durch weibliche Arbeitskräfte ersetzt und an die Front geschickt.

Bisher 4½ Millionen Tonnen Schiffsraum vernichtet!

Im Januar sind 170 feindliche Handelsfahrzeuge von insgesamt 336 000 Bruttoregistertonnen durch frei- gerichte Maßnahmen der Mittelmächte verloren ge- gangen, davon sind 91 Fahrzeuge mit 245 000 Br.- Reg.-To. englisch. Außerdem sind 58 neutrale Handels- fahrzeuge mit 103 500 Br.-Reg.-To. wegen Verletzung der Bannware zum Feinde versenkt worden. Der Monatsverlust beträgt also insgesamt 228 Fahrzeuge mit 439 500 Br.-Reg.-To.

Seit Kriegsbeginn sind somit 4 337 500 Br.-Reg.- Tonnen feindlichen Handelschiffsraumes verloren ge- gangen, davon sind 3 314 500 Br.-Reg.-To. englisch. Ferner sind von den Seestreitkräften der Mittel- mächte 459 neutrale Schiffe mit 641 000 Br.-Reg.-To. wegen Bannwarenschmuggel versenkt oder als Preisen vernichtet worden.

England hat ca. 20 Millionen Tonnen Schiffs- raum. Jährlich wird etwa ¼ Millionen neu gebaut.

Zwischkeiten unter den „Alliierten“.

Um sich gegen die Schädigungen durch die U-Boote einmischen zu können, haben die Engländer eine strenge Einschränkung der Einfuhr in Aussicht ge- nommen. Damit haben sie ihre Freunde, die Ita- liener, in große Aufregung versetzt, denn ein großer Teil dessen, was die Italiener nach England aus- führen, würde unter ein derartiges Verbot fallen. Deshalb sehen sie sich zur Wehr:

Die italienische Regierung drängt die englische, bei den geplanten Einfuhrverboten für die italia- nischen Weine, Süßfrüchte, Seidenwaren, Hüte und Lederwaren Ausnahmen zu machen, damit die italia- nische Baluta nicht noch mehr sinkt. Doch erscheint diese Bemühung bei der Entschlossenheit Englands wenig aussichtsreich.

Die gefährdete Saloniki-Expedition.

Der Seeweg nach Saloniki scheint den Ententlern allmählich doch zu gefährlich geworden zu sein. Der Golf von Biscaya, nordwestlich Spanien, hieß bisher wegen seiner Winde bei den Seelenten das „holprige Pflaster“. Jetzt scheint dies Pflaster selbst den alten britischen Seebären auch noch zu heiß ge-

worden zu sein:

Wie der Sekretär des Marine-Ausschusses der französischen Kammer, Abg. Sarat, dem „Matin“ mit- teilt, beschlossen die Bestmächte infolge der Steigerung der U-Boot-Gefahr im Mittelmeer, die Benutzung des Seeweges für Transporte nach Italien und Saloniki auf ein Mindestmaß zu beschränken. Es soll künf- tig der Bahnweg Paris-Mailand-Brindisi benutzt und die Ausfahrt zur griechischen Küste durch den Kanal von Otranto durch ein Netz gegen U-Boote geschützt werden.

Die Lage der Saloniki-Expedition ist jedem äußerst bedenklich. Im englischen Unterhause erklärte der Abg. Dillon, daß die Politik des Kriegsamtes die Expedition nach Saloniki diskreditiere und die dort stehenden zweihunderttausend Mann, die un- ter den ungesunden Verhältnissen dort lebten, ge- radezu vernichte. Im vorigen Jahre seien sechs- zigtausend Fälle von Ruhr, Eump- und Wechse- lfeber aufgetreten. Sarat seien die Vorräte und Verstärkungen vorerhalten worden, um die er wie- derholt gebeten habe. Jede Tätigkeit würde erschwert, auch die durch den Feldzug in Rumänien so dringend nötig gewordenen Bewegungen. Bis jetzt fehlten Sarat nicht nur die Truppen, sondern auch Mu- nition, Kanonen und alles andere Kriegsge- rät.

Helden zur See.



Das Schicksal der Reichsdeutschen aus Kamerun und Togo.

Erst allmählich wird es möglich, das regelrechte System englischer und französischer Barbarei in der Kriegsführung sowie der Mißhandlungen deutscher Kriegsgefangener durch unsere Feinde zu erkennen. Die achte Mitteilung des Reichskolonialamts über den Krieg in den deutschen Schutzgebieten wirft grelle Streiflichter auf den Charakter unserer Feinde, die auch im Kampfe um Kamerun ihren schwarzen Hilfs- truppen an Grausamkeit nicht im geringsten nach- stehen wollen.

Ein englisches Kriegsgericht in Banjo sprach über den Bizefidelebel P. ein „Schuldig“, weil man bei seinem farbigen Begleiter Halbmontelgeschosse gefunden hatte, die P. lediglich zu Jagdzwecken mit sich führte. Überführen konnte man den Angeklagten nicht, aber es lag im englischen Interesse, die Verwendung von Dum-Dum-Geschossen auch den deutschen Truppen nachjagen zu können, nachdem der Gebrauch völler- rechtswidriger Munition durch die englischen Truppen in Gefechten einwandfrei von deutscher Seite nachge- wiesen worden war. Alle Versuche, den deutschen Schutztruppen gleiche Völlerrechtsverletzungen nachzu- weisen, entbehren tatsächlicher Grundlage.

Zimmer wieder wird in den feindlichen Kriegs- berichten der Vorwurf barbarischer Kriegsführung ge- gen die Offiziere unserer Schutztruppe erhoben. Sie werden beschuldigt, unschuldige Eingeborene Kameruns gemordet zu haben. In Wirklichkeit jedoch waren dies Verräter, und als solche sind sie bestraft worden. Die deutschen Offiziere waren nur Bollwerke des Gefechtes, das in so ernster Zeit auf das schärfste ge- handhabt werden muß. Welches Gefez schrieb aber französischen Offizieren vor, in Garua deutsche Ein- geborene Hinrichten zu lassen, weil sie den franzö- sischen Verlockungen widerstanden und der deutschen Regierung aus innerstem Pflichtgefühl die Treue be- wahrten hatten?

Gedenkt der gefangenen Deutschen!

Die schon in Kamerun geführte Politik der Ver- treibung und Vernichtung des Deutschtums wurde auch auf Togo übertragen. Die in Form der Liquidation gekleidete Vernichtung deutscher Geschäfte zusammen mit der zynischen Entfernung der deutschen Kauf- leute und Pflanze ist eine Gewaltmaßregel, die nicht etwa, wie es eine heuchlerische Proklamation vom 29. Januar 1916 behauptete, vorwiegend durch militärische Notwendigkeiten hervorgerufen war, sondern lediglich durch Reiz gegen die wirtschaftliche Stellung der Deut- schen in Togo diktiert wurde.

Hinsichtlich der deutschen Kolonialgefangenen aus Kamerun und Togo war zwischen der deutschen und französischen Regierung ein Abkommen getroffen wor- den, das beim Vorhandensein bestimmter Krankheiten die Hospitalisierung der gegenseitigen Kriegs- und Zivilgefangenen in der Schweiz vorsieht. Im No- vember 1916 war eine Schweizer Kommissionsmission in Frankreich tätig, um gemäß diesem Abkommen sämtliche Kolonialdeutschen in den Gefangenen- lagern auf die Notwendigkeit der Hospitalisierung in der Schweiz zu untersuchen. Danach war die Erwar- tung begründet, daß wenigstens der größere Teil des Kolonialdeutschen Ende des Jahres 1916 zur Hospi- talisierung in der Schweiz eintreffen würde.

Diese Erwartung ist nicht in Erfüllung gegangen. Nur 7 von ihnen sind im Dezember 1916 in der Schweiz angekommen. Etwa 350 werden noch jetzt in Frankreich festgehalten. Wenn ein nochmaliger Ver- such, bei der französischen Regierung zu erwirken, daß sämtliche noch in Frankreich befindlichen Kolonial- deutschen im Austausch mit einer entsprechenden An- zahl Kolonialfranzosen nach der Schweiz verbracht werden, nicht zum Ziele führt, werden deutscherseits andere Maßnahmen ergriffen werden.

Wir und Amerika.

Der Wiener Amerikaner ist optimistisch.

Hier werden Äußerungen bekannt, die der Woch- schafter Benfield einem Vertrauensmann der amerika- nischen Botschaft machte. Benfield beurteilte die österreichisch-amerikanischen Beziehungen optimistisch und erklärte, er sei ein Freund Österreichs und mit aller Kraft bemüht, die Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und den Vereinigten Staaten auf- rechtzuerhalten. Er gebe die Hoffnung nicht auf, daß ihm dies gelingen werde, um so mehr als er in dem Minister des Äußern, Grafen Czernin, einen ver- lässlichen Partner habe, der von den gleichen Intentionen beseelt sei.

Ueber den deutsch-amerikanischen Konflikt äußerte sich Benfield in nicht pessimistischer Weise, indem er die Hoffnung aussprach, daß es beim heutigen Stand der Dinge bleiben werde.

Die Probeschiffe verschwunden?

Allerlei Aufregung aber verursacht auf der gan- zen Linie das Ausbleiben der Probeschiffe „Orleans“ und „Rochester“. Amerikanische Needer hatten diese Schiffe nach Europa, angeblich nach Bordeaux, geschickt, mit dem Auftrage, die Sperre zu durchbrechen. Das sollte heißen: den Streit mit Deutschland vom Haupte zu brechen. Jetzt wird besorgt berichtet:

Der amerikanische Dampfer „Orleans“ ist seit Freitag überfällig. Man erwartet jetzt die An- kunft des Dampfers für Sonntag, spätestens Montag. Der Vertreter der Eigentümer der „Orleans“ (der Herr Dintie) hat sich mit einem Vertreter der fran- zösischen Regierung nach Bordeaux begeben. Auch die Ausfahrt des zweiten amerikanischen „Probeschiffes“, des „Rochester“, aus Newhork erfolgte auf Betreiben des Pariser Präsidenten der Herr Steamshipline, den mit den Pariser Regierungskreisen in Verbindung steht. Amerikanische Journalisten sollen sich an Bord beider Dampfer befinden. Die Spannung, ob die „Orleans“ den Hafen erreicht, ist in Paris auf's Höchste gestiegen.

Auch von der „Rochester“ keine Nachricht.

Die Handelskammer Bordeaux erklärt, es sei un- möglich, daß die „Orleans“ noch mit der Montags- flut ankomme, denn auf dem Ozean herrscht starker Nebel. Die neuesten Nachrichten über den anderen Ozeandampfer „Rochester“ klingen völlig undeut- lich. Man weiß über das Schiff seit seiner Ab- reife gar nichts.

Brasilianische Schiffe durch die Sperrzone?

Das französische Depeschembureau „Agence Havas“ meldet aus dem nordwestfranzösischen Hafen De Gabres: Die brasilianischen Dampfer „Taqueri“ und „Libani“, die am 31. Januar und 4. Februar von der Insel St. Vincent aus in See gingen, sind am Sonnabend ein- getroffen.

Dreukfischer Landtag.

Das Haus setzte die zweite Lesung des Staatshaushaltes beim Finanzministerium fort und beschäftigte sich zunächst mit

Beamtenfragen.

Es liegen verschiedene Anträge dazu vor. Die Rationen aller Beamten verlangen Uebernahme der den Volksschullehrern gewährten und zu gewöhnlichen Beihilfen und einmaligen Kriegsteuerungszulagen auf Staatsmitteln.

Das Zentrum will auch die Volksschullehrerinnen hierin bezogen haben.

Die konservativen fordern Verbesserung der Teuerungszulagen für die Staatsbeamten.

Das Zentrum verlangt diese Verbesserung auch für die Volksschullehrer.

Abg. Dr. Gottschalk-Sollingen (ntl.): Der Antrag nach Neuorganisation der Befoldungsordnung bestand schon vor dem Kriege. Man muß die Gehaltsklassen verringern und den Wohnungsgeldzuschuß für Verheiratete und Unverheiratete differenzieren.

Abg. Hefz (Ztr.): Die Beamtenbefoldungsfragen sind ein wichtiger Bestandteil der Bevölkerungsproblematik, von der die Zukunft unseres Volkes abhängt. Hier muß grundsätzliche Reform eintreten. An der Notlage unserer Beamtenenschaft im Kriege ist England mit seiner Ausbesserungspolitik schuld. Ich schlage vor, einem besonderen Ausschuß für Bevölkerungsproblematik einzusetzen.

Abg. Otto-Charlottenburg (fortsch. Sp.): Die Lehrer müssen ebenso behandelt werden wie die Beamten. Der Antrag der Nationalliberalen ist geeignet, in der Befoldungsfrage Klarheit zu schaffen. Auch dem konservativen Grundgesetz stimmen wir grundsätzlich zu. Die Jungesellensteuer ist unsympathisch.

Finanzminister Dr. Lenge: Da die Teuerungszulagen zumutbar sind, wird die Regierung im Auge behalten, ob neue Erhöhungen der Teuerungszulagen oder noch einmalige Erweiterung des Kreises der Bezugsberechtigten notwendig sind und dabei nicht engherzig handeln. Der Volksschullehrer hat sich die Regierung, wo es nötig war, angenommen. Es gibt aber auch viele Gemeinden, die die Zulagen durchaus zahlen können. Ein Schlussantrag wird angenommen.

Abg. Dr. Hefz (Zentr.) beantragt, die vorliegenden Anträge an einen besonderen Ausschuß zu verweisen.

Abg. Dr. Friedberg (natlib.) stimmt zu.

Es folgte eine Auseinandersetzung zwischen dem Abg. L. Hoffmann (Zentr.), v. Schönbach (Zentr.) und Dr. Friedberg (natlib.), weil Abg. Hoffmann scharfe Angriffe gegen diese macht.

Sodann wird der Antrag Korzant (Zentr.) auf Streichung der „antipolnischen“ Titel abgelehnt, die Väteranträge gehen an den Haushaltsausschuß, die Beamtenanträge an einen besonderen Ausschuß.

Hierauf wird verhandelt über die

Justizverwaltung.

Abg. v. d. Hagen (Zentr.) berichtet über die Verhandlungen des Ausschusses.

Abg. Teubner-Brenzau (Zentr.): Eine Kriegsprozessordnung erweist sich immer mehr als notwendig. Die Geschworenengerichte sind mancher Verbesserungen fähig. Die größte Zeit- und Kraftverschwendung gibt es bei den Schwurgerichten.

Abg. Dr. Bell (Zentr.): Tausende von Beamten und Rechtsanwälten sind gefallen. Die feste Anstellung von Assessoren als Richter und Staatsanwälte kann nicht länger aufgeschoben werden. Der Titel „Gerichtsschreiber“ erweckt einen falschen Begriff und ist zu beseitigen. Eine Verbesserung der Lage der Rechtsanwältinnen ist nötig zum Schutze ihrer Unabhängigkeit. Die kleineren Amtsgerichte in den ländlichen Bezirken müssen bestehen bleiben. Die Rechtsprechung muß die schwierigste Kriegslage des Haus- und Grundbesitzes berücksichtigen. Der Kreis der Personen, die Geschworene werden können, muß erweitert werden. Unzulässig ist es, das System möglichst hoher Strafausmaße bei Vergehen gegen die Kriegsverordnungen aufzugeben.

Justizminister Dr. Becker: Bei der Anstellung von Assessoren darf man nicht die, die im Felde stehen, übergehen. Daher muß ich in diesem Punkte vorsichtig sein. Die Frage der Vereinfachung der Rechtspflege wird im Bundesrat zur Sprache kommen. Hierauf vertagt sich das Haus. Am Montag wird die Beratung fortgesetzt und über den Kultusetat verhandelt werden.

Abgeordnetenhaus.

Das Haus setzte die Beratung über den

Kultusetat

in zweiter Lesung fort.

Abg. Dr. Lüdke (Ztr.): Die Notlage des Hausbesitzes hat der Minister des Innern anerkannt und Abhilfsmittel in Aussicht gestellt. Bei Kriegswochen muß empfindliche Strafe Platz greifen.

Abg. Baenisch (Zentr.): Die Entlastung der Gerichte geschieht am besten durch Beseitigung des Anklagezwanges des Staatsanwaltschaft. Noch jetzt werden zahllose Prozesse um den erbärmlichsten Kleinsten geführt. Durch Erhöhung der Anwaltsgebühren würde den Armen noch mehr der Rechtsweg erschwert. Wir verlangen Unentgeltlichkeit der Rechtspflege, sowie Erweiterung der Zuständigkeit der Schwurgerichte, besonders auf die Prozeßverfahren. Die lächerlich geringen Strafen gegen Wucherer wirken wie eine Prämie auf Wucher. Die Wucherer aber sind die besten Verbündeten der Engländer.

Abg. Kanow (fortsch. Sp.): In unsern Kanzleien wird viel zu viel geschrieben. Die Bezahlung der Kanzlisten ist durchaus unzureichend. Die Arbeiter müssen auch Geschworene werden können. Wir wünschen Ausdehnung der Einigungsämter noch im Kriege und mehr Rücksicht auf die Jugendlichen. Die Fürsorge für uneheliche Mütter muß unbedingt besser geregelt werden. Manche Richter finden nicht den rechten Ton. Scharfe, schroffe Formen wirken verletzend.

Justizminister Dr. Becker: Ich werde alles tun, um dem Haus- und Grundbesitz zu helfen. Das Laienelement hat sich am Gericht vorzüglich bewährt. Eine grundsätzliche Reform nach dem Kriege ist geboten.

Abg. Bösch (ntl.): Der Verkehr mit dem Gericht muß erleichtert werden. Viele Sachen könnten schneller und besser durch Einzelrichter als durch Schöffengerichte gerichtet werden. Ein Sühnetag vor Schöffengerichten würde zu Vermehrung von unnötigen Prozeßkosten führen.

Nach kurzen richtigstellenden Bemerkungen der Abgeordneten Kanow (fortsch. Sp.), Bell (Ztr.) und Bösch (ntl.) wird der Haushaltsplan der Justizverwaltung erledigt. Der polnische Antrag auf Streichung der polnischen Positionen wird abgelehnt, da von den Polen nur Abg. Korzant anwesend ist.

Das Haus wendet sich zum

Kultusetat

Zunächst findet eine allgemeine Aussprache statt. Mit zur Verhandlung steht die Denkschrift über die Förderung der Auslandstudien.

Abg. Hedenroth (Zentr.): Traurig ist die Lage der evangelischen Auslandsgemeinden. Hoffentlich bringt unsere Freundschaft mit der Türkei Christentum und Islam näher. Bessere Kenntnis des Auslandes ist notwendig. In Berlin sollte ein deutsches Nationaltheater errichtet werden.

Abg. Eichhoff (fortsch. Sp.): Im Kriege hat die naturwissenschaftliche Bildung Triumphe gefeiert. Wir werden die technischen Hochschulen erheblich vermerken müssen. Gymnasium, Realgymnasium und Oberrealschule müssen in ihrer Eigenart nebeneinander bestehen bleiben, aber die Zukunft gehört den Realanstalten.

Die Weiterberatung wird auf Dienstag vertagt.

Gedenkt der hungernden Vögel.

des Hauses meinte das Kind unaufhörlich nach seiner Mutter und brach in Tränen aus.

Alban hatte nichts. „Du gemerkt, als man die Leiche meines Bruders fortbrachte, jetzt, da man das Kind fortbrachte, merkte er es auf seinem Sterbelager und sagte vor sich hin: „Wohin dich Gott, Mutter.“

Der Vater, der sich bisher gar nicht um Alban gekümmert, war jetzt so sehr besorgt um ihn, er hörte ihn nicht, das Alban rief, aber seinen Schlaf nicht, daß er alles bis auf kleinste Details hatte, wie es ihm erging und wie er dem Bruder im guten nachgeahmt sei; er nicht auf diesen Bericht. Selbst durfte er sich Alban noch am wenigsten nähern, denn dieser schrie wie rasend auf, als er zu ihm trat, und sogar wenn er unversehens in der Stube war, merkte es der Kranke und war voll heftiger Hass, die er augenscheinlich zu bekämpfen suchte.

Der Zustand Albans war veränderlich, der Arzt wollte trotz aller Pflichten keinen Arzt rufen lassen, er ließ ihn ab.

Eines Tages mußte alles die Stube verlassen, nur Dominik und Breni durften zurückbleiben. Die beiden mußten Alban im Bett aufrichten, und er sprach:

„Dominik, es wird alles sein. Meinem Vater vertraue ich's nicht. Gib mir deine Hand drauf, daß du dem Ratschmied und meiner Breni mein Erbteil gibst. Mein Breni ist vor Gott mein.“

Dominik reichte die Hand und sagte: „Du bist nicht so krank, aber du kannst's gerichtlich machen, wenn du willst, wann's dich beruht.“

„Ich will nichts mehr vor Gericht. . . Familienangelegenheiten. Ich glaub' dir, und wenn du Kinder bekommst, sei gerecht. Gerechtigkeit ist dein Bruder. . . Gerechtigkeit.“

Das waren die letzten heißen Worte, die Alban sprach, er raste noch mehrere Tage beständig und befand sich oft in der großen Volksversammlung und schrie: „Ruhe! Stille! Ruhe!“

Mit den Worten: „Wo ist dein Bruder?“ hauchte seinen letzten Atem aus. Seine Wangen waren rot.

Als man dem Kirchenbauer den Tod seines Sohnes berichtete, stampfte er zornig auf, und seine Faust ballte sich.

Der deutsche Schlachtenbericht.

Großes Hauptquartier, 26. Febr. 1917. (WZ) Westlicher Kriegsschauplatz.

In mehreren Abschnitten zwischen Arment und der Abre scheiterten englische Erdungungsstöße, die teils nach Feuertorbereitung, teils raschend erfolgten.

Südlich von Tervach in der Champagne gegen die Franzosen vergeblich an.

Zwischen Maas und Mosel gelangen Unternehmungen eigener Aufklärungsabteilungen.

In zahlreichen Luftkämpfen verloren die Deutschen acht Flugzeuge, dabei zwei aus einem Messerschneider, das erfolglos im Saargebiet Bomben warf.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Westlich der Ma wurden russische Jagdtruppen gewiesen.

An der Bahn Kowel-Puck glückte unsern kunden das Aufheben einer feindlichen Feldma.

Südlich von Brzeczan schlug ein Teilangriff Russen fehl.

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph.

Wie am Vortage mifslang ein mit starken Artillerie geführter russischer Angriff nördlich des Tartar pass.

Von der

Seereschlacht des Generalfeldmarschalls v. Macken und der

Mazedonischen Front

sind keine wesentlichen Ereignisse gemeldet.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Oesterreichischer Kriegsbericht.

Wien, 26. Februar

Amlich wird verlautbart:

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seereschlacht des Generalfeldmarschalls v. Macken

Nichts von besonderer Bedeutung.

Seereschlacht des Generaloberst Erzherzog Josef

Nordwestlich des Tartarpass schlugen unsere Truppen einen neuerlichen russischen Angriff handgranatenkamp ab.



Zu den Kämpfen bei Gorz.

Der Lehnhold von Furchenhof.

Schwarzwalderzählung von A. Auerbach.

51) (Nachdruck verboten.)

Der Oberamtmann stand beim Hirzenbauer am Brunnen, und sie wogen miteinander hin und her abermals die Vorteile und Nachteile der geschlossenen Güter. Der Hirzenbauer sagte: „O, Herr Oberamtmann! Ich habe auf der Versammlung und öffentlich nicht alles sagen können, und ich mag's noch nicht sagen, was für Schandbarkeiten mit dem geschlossenen Erbschaft verbunden sind. Der Furchenhauer da hat das traurige Glück gehabt, daß ihm fünf Kinder als Klein gestorben sind. Ich weiß wohl, daß mit dem Verleihen neues Unheil hausgemacht kommt, aber kann man's anders machen, und darf man? Der Oberamtmann war heute besonders freundlich mit dem Hirzenbauer, denn er erkannte den, wenn auch starren, doch reinen Gerechtigkeitssinn des Mannes.

Der Furchenhauer und der Oberamtmann mit seiner Frau wegführten, kam gerade der Kübbus mit einem Kessel voll Schnee, er war vorausgeeilt, der Drescher blieb hinterher noch einige Stunden auf dem Berge, um dann mit frischem Schnee zu kommen. Bald traf auch der reitende Bote aus der Apotheke ein. Alban dubelte niemand um sich als Breni und Dominik. Selbst die Mutter und Amelie durften sich ihm nicht nähern.

Einen Tag und eine Nacht lag der Furchenhauer bei der Leiche seines Sohnes und als nicht und trank nicht und sprach kein Wort.

Als man am Morgen die Leiche des Kindes zu Grabe führte, schwanke er am Stabe, den Alban ihm geschnitten, hinter der Leiche drein. Erst an dem Kirchhof wo er die eingestunkenen Kreuze an den Gräbern der Kinder sah, die Vinszen vorausgegangen waren, brach er zum erstenmal in lautes und bellendes Weinen aus.

Auf der Heimfahrt — der Wippenkeller tat es nicht anders, er mußte sich auf den Wagen setzen — sprach der Furchenhauer das erste Wort zu seinem Schwager, und die zitternde Hand erhebend sagte er:

„Gott hat mich hart getraut, aber er hat mir noch recht gegeben, mein Gut bleibt doch bei einander.“

Gleich nach dem Leichenbegängnis führte der Nagelschmied Anzei nach Siebenhöfen. Seit der Zerstörung

„Das ist sein letzter —“ schrie er, er verschwiegen andern Worte. Er mochte es als eine Untat seines Sohnes betrachten, daß er ihm durch den Tod seine letzte Hoffnung zerstörte, sein Gut kam in fremde Hand.

Bald nach Alban beauftragte man auch die Mutter, hatte niemand ihr Leid geklagt, und eines Morgens kam man sie tot im Bette.

Der Furchenhauer, der nun Dominik als einziger Erben vor sich sah, rebete ihm viel an, daß er ihm streiche, wenn er Kinder bekomme, das Gut nie zu te Dominik melarte dies und sagte aus, er habe sterbenden Alban das Götterbild aneben, gerecht an jedes seiner Kinder zu sein.

Der Furchenhauer, ein starrer und stumm im umher, er rebete mit niemand und eine durch Stall Schwestern wie ein Rehens. Am Nachhieb er sich alte Tanne hauen sie zu Brettern verfahren und brachten sie auf den Hof.

Am Krähstille, am selben Tag als der Ratschmied mit seiner Familie auswanderte, sah man den Furchenhauer plötzl. tot. Dunkle Vorzeichen ahnten über den Furchenhauer. Man hat nie etwas Bestimmtes darüber erfahren.

Der neue Lehnhold.

Aus der zerrissenen Erde bricht die Saat, aus Gräbern wachsen Blumen. Frühe Schermit laert dem Gemüt des Dominik wie Amelie. Die Oberamtmannin war eine milde Fräulein, denn sie kam selbst Fräulein auf mehrere Wochen auf den Hof. Sie fand Grondung darin, in die Fiel der Gemüter zu schauen, ihre Empfindungen nicht in Worten ausdrücken können, aber hatte die Macht des Wortes und wie Kinder Worte heilte sie die Wunden. Was ihr im ersten und umfassen nicht gelingen wollte, gelang ihr im einzelnen: Sie erzählte die schmerzhaften Punkte sich mit denen, die im schranken Lebenskreise verharren. Es war nicht leicht, jedoch langsam und beständig.

Reading abo bald die Signale gegen ihn stand zugemachte überschlug sich, den Führer und selbst fast bald in das Unabänderliche Gote und sich weiter nicht verschloß wie Dominik, aber auch die gelang es endlich.

Dierstadt. Drei Russen die von Griesheim im Kreise Höchst die Flucht ergriffen hatten, wurden in voriger Woche im Bändchen gefasst und zwar wurde einer in Muringen und die beiden anderen in Igstadt festgenommen. Man kann eigentlich nicht verstehen, was diese Leute zur Flucht veranlaßt. Die Behandlung läßt doch im Gegenthat zu unsren Feinden wahrlich nichts zu wünschen übrig. Ein Beispiel für die Unverschämtheit einzelner Gefangenen: Als denselben Frühstück vorgelegt wurde, warfen sie es dem Arbeitgeber vor die Füße, weil keine Butter und Wurst dabei war. In diesem Falle waren es allerdings Angehörige der Grande Nation. Ihre Bundesbrüder, die Engländer geben ihnen darin aber nichts nach, wie die Hälle im letzten Sommer in Kloppenheim bewiesen. Hier wäre ordentliche Prügelstrafe angebracht.

Die neue Verkehrsabgabe ist dem Reichstag als Gesetzentwurf zugegangen. Der Inhalt entspricht unseren Angaben: 16 v. H. als Zuschlag bei der 1. Fahrklasse, 14 bei der 2., 12 bei der 3. und 10 bei der 4. (30) Klasse. Im Gebührenertrag werden 12 v. H. als Zuschlag berechnet. Die Erhöhung des Frachtfuhrtenstempels beträgt 7 Proz. Von der Abgabe befreit sind Personenbeförderungen im Arbeiter-, Schüler- und Militärpersonenverkehr und Gebührenerhöhrungen im Militärgepäckverkehr, soweit die Abfertigung in diesen Verkehr zu ermäßigten Preisen erfolgt.

Der Ausgleich zwischen Österreich und Ungarn hat bereits ein vorläufiges Ergebnis erzielt, so daß nunmehr der Einleitung handelspolitischer Verhandlungen mit dritten Staaten, insbesondere mit dem Deutschen Reich, kein Hindernis mehr im Wege steht. Ueber den Inhalt der bisherigen Verhandlungen werden noch keine Mitteilungen gemacht.

Stammrollen für Hilfsdienstpflichtige. Der Bundesrat hat neue Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über den bayerischen Hilfsdienst erlassen. Dazu gehört die Anweisung, die Hilfsdienstpflichtigen in Stammrollen einzutragen, damit man sie im gegebenen Fall zur Hilfsdienstleistung heranziehen kann. Die Ortsbehörden müssen Listen aufstellen, in die alle 47-60jährigen männlichen Deutschen (in der Zeit nach dem 30. Juni 1857 und vor dem 1. Januar 1870 geboren) aufgenommen sind.

Es handelt sich hierbei also um die nicht mehr landsturmpflichtigen Männer. Einige Berufe sind ausgenommen, jedoch müssen diese vor dem Jahre 1917 selbständig oder im Hauptberuf ausgeübt worden sein. In Frage kommen hierbei Ärzte, Apotheker, Tierärzte, Beamte, die im Reichs-, Staats-, Gemeinde- oder Kirchendienst tätig sind, Angehörige der Land- und Forstwirtschaft und solche, die im Zusammenhang mit unserer Schifffahrt stehen, Beamte, die im Eisenbahnverkehr tätig sind usw. Selbstverständlich bleiben auch alle diejenigen Berufe ausgenommen, die in direktem Zusammenhang mit dem Kriegsbedarf stehen, so u. a. die Angestellten von Werften, Pulverfabriken, Bergwerken usw.

Der neue Ernährungsplan.

Höhere Getreidepreise - niedrigere Viehpreise - Kartoffeln 5-6 Mark.

Der Reichsausschuss für Ernährungsfragen hat am Sonnabend in einem Vortrage des Präsidenten v. Batocki den Ernährungsplan für 1917 entgegengenommen. Darin sagte der Reichs-Ernährungsvater: Eine Erhöhung des Weizen- und Roggenpreises ohne gleichzeitige Herabsetzung der Rindvieh- und Schweinepreise sei unannehmbar.

Eine Preisverhöhung für Brotgetreide sei bedingt durch die Lage des Weltmarktes und die Bedürfnisse der Produktion, die Herabsetzung der Viehpreise durch die Rücksicht auf die Verbraucher. Der bayerische Ernährungsbeirat habe bereits im Juli vorigen Jahres dahingehende Vorschläge gemacht, die jetzt den Kern des neuen Planes bilden.

Das Reich werde infolge des großen Fleischbedarfes des Heeres bei der Preisüberhöhung mehrere Hundert Millionen einsparen, die nach den Vorschlägen der Verbrauchervertreter verwendet werden sollten, um eine Preissteigerung der Lebenshaltung der Arbeiter zu verhindern. Schließlich wäre auch möglich, trotz Erhöhung der Brotgetreidepreise den Brotpreis auf der gleichen Höhe zu halten; dabei müßten die Gemeinden mitwirken und sich noch dazu äußern.

Bzüglich der Kartoffeln

ist geplant, den Preis im ganzen Reich und für das ganze Jahr auf 5 Mark den Zentner festzusetzen; dabei sollte unter Aufsicht der Reichskartoffelstelle den südlichen Bundesstaaten und dem Westen gestattet sein, bis zu 6 Mark zu geben.

Im übrigen beschäftigte sich Herr v. Batocki mit den bevorstehenden Bestandsaufnahmen.

Die vorhandenen Vorräte seien knapp und müßten vorsichtig bewirtschaftet werden. Die Bestandsaufnahme bedürfe einer sorgfältigen Nachprüfung, zumal noch nie so viel ungedrosenes Getreide dabei festgestellt worden sei, wie diesmal. Auch die Kartoffelaufnahme habe kein vollständig richtiges Bild ergeben, da wegen des ungemein starken Frostes die Mieten nicht geerntet werden konnten.

Aus Rumänien werde herausgeholt werden, was möglich sei.

Die Weizengetreide-Ernte

sah eine recht ungünstige Beurteilung in einer anschließenden Rede des Staatssekretärs des Reichsamts des Innern, Dr. Helfferich. Dieser führte aus: Man werde damit rechnen müssen, daß die feindlichen Völker im Westen erheblich stärkere Zufuhren nötig haben werden als vor dem Kriege. In Rußland und Rumänien gehe die Produktion gleichfalls zurück, und in Nordamerika werde die Ernte infolge des Fehlens von Frost zurückgehen. Argentinien, Kanada, Australien usw. haben in diesem Jahre einen Ausfall von 20 Millionen Tonnen an Weizen, 25 Millionen Tonnen an Gerste, Hafer und Mais. Auch nach dem Friedensschluß haben wir auf eine erhebliche Zufuhr nicht zu rechnen und werden zwei bis drei Jahre auf eigenen Hüben stehen müssen. Wir müssen also unsere Eigenproduktion stärken.

Scherz und Ernst.

H. Pion-Pion darf keine Gefühle haben. Nach der Anordnung französischer Militärbehörden sind an der französischen Front Gefängnisstrafen von 15-60 Tagen verhängt worden:

1. Für pessimistische Ansichten.
2. Für pessimistische Empfindungen.
3. Für Gefühle, die eines Franzosen nicht würdig sind.

Die Versorgung mit Frühkartoffeln.

Mit der in diesem Jahre so sehr wichtigen rechtzeitigen und - nach den Erfahrungen des letzten Jahres als besonders wichtig zu fordernden - zweckmäßigen Versorgung der Bevölkerung mit Frühkartoffeln beschäftigt sich Gartenbau-Ingenieur Köhler in einem vom Kriegsernährungsamt verbreiteten Artikel.

Die vielfach empfohlene Vermehrung durch Stecklinge soll nach Köhler den Berufsgärtnern überlassen werden. Er empfiehlt, beim alten zu bleiben, sich dabei aber an folgendes Beispiel zu halten:

Mitte März nahm ich mein Saatgut vor, ließ meinen „Gartenfrauen“ mittels Kartoffelschäler oder Messer die Augen in Größe eines Pfennigstückes mit circa einem Zentimeter tiefen Fleisch ausstechen. Die ausgestochenen Augen wurden dann in Kisten (Käfige) auf Torfmull gelegt und die Kisten unter Mistbeetfenster, nahe dem Glas, gebracht. Die Kisten werden täglich einmal leicht, wenn sie trocken sind, Räder gepulst und über Mittag, solange die Sonne wärmt, gelüftet. Nach 8-10 Tagen treiben die Augen aus, dann überstreut man dieselben etwa einen halben Zentimeter stark mit klar geriebenem Torfmull oder ganz leichter Heide- oder Moorerde. Sobald die Triebe wieder durchschießen, muß stärker gelüftet werden, um dann einige Tage vor dem Auspflanzen die Fenster am Tage ganz abzunehmen. Nach 15 bis 20 Tagen, je nach der Bitterung, sind die Keime ungefähr 4-6 Zentimeter lang, dann kann mit dem Auspflanzen, vorausgesetzt, daß die Bitterung past, begonnen werden.

Die Furchen werden mit dem Pflug gerade so gemacht, als ob man Kartoffeln legte, die Furchen werden mit 75 Zentimeter Entfernung gemacht.

Die Kisten mit den bereits gut bewurzelten Augen werden mittels Tragbahre oder möglichst Federwagen auf das Feld gebracht, die Pflanzen vorsichtig mit dem kleinen Torfmullballen in 45 Zentimeter Entfernung in die Furchen gesetzt und dann mit der Hand mit schön klar gemachter Erde bedeckt, und zwar so weit, daß die Keime gut zugedeckt sind; sobald sie dann wieder durchschießen, werden sie mit dem Streichpflug angehäufelt.

Mit geliebten Gartenfrauen geht das Segen sehr schnell, die weniger geschickten Leute werden zum Rutzgen benutzt. Eine Frau setzt in der Stunde, stotter Rutzgen vorausgesetzt, circa 400 Stück. Mitin würden zwei Frauen mit zwei Rutzgerinnen bei achtstündiger Arbeitszeit in ungefähr 5 Arbeitstagen (zusammen 20 Arbeitstagen) einen Hektar bepflanzen.

Mitte April habe ich mit der Pflanzung ins Land, und zwar mit der Sorte „Erfülling“ begonnen. Ausfall, d. h. nicht durchgekommene Augen gab es fast gar nicht, die Keime waren recht schön kräftig entwickelt und brachten drei bis fünf Triebe. Verschiedene Landwirte betrachteten meine Pflanzung mit teils zweifelnden Gesichtern, ältere Leute hingegen sagten, so hätten sie es früher auch schon gemacht, d. h. die Augen trocken, nicht angetrieben gelegt, wenn das Saatgut knapp gut gewesen wäre, wobei es aber viel Ausfall bei ungünstiger Bitterung gegeben hätte, was aber beim Antreiben desselben wegschalt. Die Behandlung im Sommer wurde wie üblich gehandhabt, gehackt, gelodert und ausgefrichen.

Alles war gespannt auf den Ertrag, als die Ernte am 2. August begann. Die gepflanzten Kartoffeln ergaben im Durchschnitt pro Pflanze 1200 Gramm, während die aus ganzen und geteilten Knollen gezogenen nur 800 Gramm im Durchschnitt brachten. Den Hauptgrund des bedeutenden Mehrertrages suche ich in der guten Pflanzung und Bodenbearbeitung, die feinen Wurzeln sind nur mit klarem Lande bedeckt worden, sie konnten sich infolgedessen schnell ausbreiten, während die Knollen, die wie üblich gelegt und mit dem Pflug zugedeckt wurden, sich erst durch das größere Land durcharbeiten mußten; auch waren die Knollen mit der Wurzel- und Keimbildung um 10 Tage im Rückstand, dieselben mußten sich erst im Boden entwickeln.

Mittelgroße Samenkartoffeln von durchschnittlich 150 Gramm ergaben je fünf Augenausschnitte; zu 30 000 Pflanzen pro Hektar, in 75 zu 45 Zentimeter Entfernung gepflanzt, brauchte ich 18 Zentner Saatgut, wovon nach dem Ausschneiden der Augen 16,80 Zentner für wirtschaftliche Zwecke übrig waren. Der Ertrag von diesen 30 000 ausgestochenen Augen im Gesamtgewicht von 1 Zentner 20 Pfund waren 720 Zentner (1200 Gramm pro Pflanze).

Mit diesem außerordentlich günstigen Ausfall ist nun nicht allgemein zu rechnen, nehmen wir aber nun 20 Zentner Saatgut und nur 400 Zentner Ertrag pro Hektar an, so wird dieses Verfahren noch reichlich lohnend sein, es wird eine Menge Saatgut gespart und eine große Anzahl Zentner Abfall, die sowohl für menschliche Ernährung als auch zur Viehfütterung zu verwenden sind. Eine Stadt von 40 000 Einwohnern muß für die Monate August-September, circa 8 Wochen, für mindestens 5 Pfund auf die Person Kartoffeln sorgen, also 16 000 Zentner Bedarf.

Hierzu sind nötig: 40 Hektar gut gedüngtes Land, 800 Zentner Saatgut (davon kommen 700 Zentner Abfall zurück), 1000 eventl. 500 Zentner Frühbeetlagen.

Um das Pflanzenmaterial für die 40 Hektar heranzubringen, wären 1000 Frühbeetfenster nötig, um aber auch hier zu sparen, werden die Pflanzen in zwei Sägen herangezogen, so daß man dann mit der Hälfte Fenster auskommt. Angenommen, eine Gärtnerei an der Grenze der Stadt stellt 25 Frühbeetfenster zur Verfügung und übernimmt die Anzucht und Pflanzung von zwei Hektar in zwei Sägen. Hierzu benötigt der Gärtner 40 Zentner Saatgut. Am 20. März beginnt das Auslegen der Augen und Ansetzen auf Frühbeete der Hälfte (20 Zentner) des Saatgutes, also für einen Hektar. Die weiteren 20 Zentner werden, sobald der erste Satz ausgepflanzt wird, was gegen den 10. April geschehen kann, in derselben Weise wie die ersten 20 Zentner behandelt und gegen Ende April ausgepflanzt. Mitin müßte in möglichst unmittelbarer Nähe der Gärtnerei zwei Hektar Land für die Gemüsegärtnereien an der Stadtgrenze liegen, werden Frühkartoffeln bereitgehalten werden. Da die meisten sich die 500 Frühbeetfenster und 40 Hektar gutes Land leicht austreiben lassen, zumal für die Anzucht der Kartoffeln ein anständiger Preis gezahlt werden kann, so daß der Gärtner denselben Gewinn erzielt, als wenn er andere Gemüskulturen betriebe.

Kirchliche Nachrichten, Vierstadt.

Evangelischer Gottesdienst.

Wegen der andauernden Kälte und des Mangels u. d. r. Vorrats an Kohlen müssen die Donnerstags-Abendgottesdienste bis auf weiteres ausgesetzt werden.

Kath. Kirchengemeinde.

Vierstadt.

Freitag, 23. 8 Uhr: Feste Andacht.
Sonntag, 25. 7.30 Uhr: Messe.

Bekanntmachungen.

Mittwoch, 28. Febr. gelangen bei den hiesigen Kolonialwarenhändlern Teigwaren zum Verkauf. Die Person erhält 100 Gramm Teigwaren. Folge 4 wird ausgeschritten wozu nur der Händler befreitigt.

Vierstadt, den 27. Februar 1917.

Der Bürgermeister: Hofmann.

Mittwoch 28. Februar und Donnerstag, 1. März gelangen auf hiesiger Bürgermeierei die Zusatzbrotkarten wie folgt zur Verteilung.

Mittwoch, 28. Febr.

Brotkarten Nr.	in der Zeit
1-600	8-1
601-1000	3-6

Donnerstag, den 1. März

1001-1569 8-10 Uhr

Zusatzbrotkarten für jugendliche Personen im Alter von 12-17 Jahren in der Zeit von 3-6 Uhr nachmittags. Wer seine Karten in der obigen festgesetzten Zeit nicht abholt, hat sein Anrecht darauf verloren.

Vierstadt, den 27. Februar 1917.

Der Bürgermeister: Hofmann.

Sämtliche hies. Einwohner werden aufgefordert, bis zum 28. Februar ihre Gebührräte an Kohlen und Brennstoffen bei dem unterzeichneten Bürgermeister nach Menge und Gewicht anzugeben. Die Unterlassung dieser Anzeige bzw. die nicht zutreffenden Angaben über die Menge der vorhandenen Bestände bei einer nach dem 28. Febr. stattfindenden Revision der Bestände resp. Lager hat die Beschlagnahme der gesamten Vorräte zur Folge.

Vierstadt, 24. Febr.

Der Bürgermeister: Hofmann.

Auf Grund des § 4 der Satzung des Viehhändlerverbandes für den Regierungsbezirk Wiesbaden wird mit Genehmigung des Herrn Regierungspräsidenten in Wiesbaden folgendes festgesetzt:

1. In Abänderung unserer Bekanntmachung vom 1. Dezember 1916 darf vom Montag, 19. Febr. 1917 ab für Rinder, gleichgültig welchen Gewichtes, nur noch ein Einheitspreis von M. 80.- für 50 kg Lebendgewicht in Stall gezahlt werden.

2. Mit Genehmigung des Herrn Präsidenten des Kriegsernährungsamtes darf von Montag, 19. Febr. 1917 ab für alle zur Schlachtung abgelieferten Schweine im Gewicht von über 100 Pfd., auch wenn sie ein Gewicht von 180 Pfd. nicht erreichen, der für Schlachtschweine im Gewicht von 180-200 Pfd. in der Bekanntmachung zur Regelung der Preise für Schlachtschweine und Schweinefleisch vom 14. Februar 1916 festgesetzte Höchstpreis gezahlt werden. Für Schweine im Gewicht von 50-90 kg, welche an die Kreisammelsstellen geliefert werden, dürfen demnach von unsern Mitgliedern für den Zentner Lebendgewicht höchstens gezahlt werden im Regierungsbezirk mit Ausnahme des Kreises Biedenkopf M. 108.-

3. Ueberziehungen der Preisgrenzen werden mit zeitweiliger oder dauernder Entziehung der Ausweiskarte geahndet.

4. Die vorstehenden Preise gelten für alle Ankäufe, die vom Montag, 19. Febr. ab bei den Viehhaltungen getätigt werden und kommen von Montag, 27. Febr. auf der Sammelstelle ausschließlich zur Anwendung.

Frankfurt a. M., 15. 2. 1917.

Der Vorstand.

Dies wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht. Wiesbaden, 22. Februar.

Der Königliche Landrat.

v. Heimbürg.

Gedenkt der gefangenen Deutschen!

Ein Haus mit Scheune zu mieten, gesucht. Schreiner, Mosbacher Weg.

Verloren! Vergrößerungsglas (rund) mit Horneddel. Abzugeben bei Wedel.

Ein 3-Zimmer-Frontspizwohnung mit Zubehör zu vermieten zum 1. März. Zu erfragen bei der Geschäftsstelle des Blattes.